

Von:
An:
Betreff:

19.8.13

VS Hannover
Schulze, Dirk
WG: Ihre Fragen „Was Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von der Politik erwarten“

Sehr geehrte IG Metal Hannover, sehr geehrter Herr Schulze,

Meine persönlichen Antworten auf Ihre Fragen:

Zu Frage 1 (Leiharbeiter und Werkverträge)

Diese Tendenz bewerte ich als starke Fehlentwicklung, der unbedingt entgegen gewirkt werden sollte. Die Leiharbeit dient in den meisten Fällen nur der Reduzierung der Lohnkosten und entwertet so die Arbeit. Wenn Leiharbeiter dann auf Sozialleistungen angewiesen sind, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken, zahlt letztlich die Solidargemeinschaft dafür, dass die Arbeit verbilligt werden konnte. Hier braucht es dringend einen Mindestlohn und eine Regelung für Leiharbeit nach dem französischen Vorbild, wo Leiharbeiter mehr verdienen, als die Stammbesellschaft, als Ausgleich für ihre Flexibilität.

Dem Missbrauch von Werkverträgen muss ebenfalls Einhalt geboten werden.

Zu Frage 2 (kirchliches Arbeitsrecht und Mindestlohn)

Die Reform des kirchlichen Arbeitsrechts ist mir persönlich ein wichtiges Anliegen. Unsere Gesellschaft wird immer säkularer, gleichzeitig werden paradoxerweise immer mehr öffentliche Aufgaben in christliche Trägerschaft überreicht. Man rühmt sich dann regelrecht damit, dass sich wieder mehr Menschen zur Bevormundung durch die christlichen Kirchen genötigt fühlen und in die Kirche eintreten. Man rühmt sich damit, dass die christlichen Träger wirtschaftlicher Arbeiten, was aber fast ausschließlich dem Lohndumping geschuldet ist, das durch die von Ihnen richtig beschriebenen Sonder-Tarif-Reglungen nach dem Dienstgedanken des „Dritten Weg“ ermöglicht wird. Als Bundestagsabgeordneter werde ich mich ganz besonders für den Abbau der Sonderrechte der christlichen Kirchen einsetzen. Das bedeutet Konkret: Die christlichen Kirchen sollten ihre Mitgliedsbeiträge selbst einziehen; ihre religiösen Ausbildungen selbst durchführen (und finanzieren); und bei der Übernahme öffentlicher Aufgaben an die gleichen Regelungen gebunden sein, die auch für die AWO, das DRK und jede andere Organisation gelten. Die speziellen Zahlungen aus alten Staat-Kirchen-Verträgen, aus der Zeit nach Napoleon, sollten zudem gemäß §140 GG abgelöst oder besser komplett gestrichen werden.

Ich möchte an einem Mindestlohn von 9,02 Euro für unbefristete und 9,77 Euro für befristete Arbeitsverhältnisse arbeiten.

Zu Frage 3 (Renteneintrittsalter)

Solange die Nachfrage nach Arbeitnehmern jenseits der 50 auf dem Arbeitsmarkt so gering ist, ist es fast schon zynisch, wie selbstverständlich davon zu reden, dass Arbeitnehmerrinnen und Arbeitnehmer mehr Jahre arbeiten müssen, bis sie die volle Rente erhalten.

Das Rentenversicherungssystem kann nicht nur auf Bevölkerungswachstum bauen. Selbst wenn es immer mehr Bevölkerungswachstum gäbe, sind diese mehr Menschen angesichts limitierter natürlicher Ressourcen auf Dauer nicht produktiver. Es ist also zu überlegen, das Rentensystem in ein komplett steuerfinanziertes System umzuwandeln.

Zu Frage 4 (Studium und Ausbildung)

Viele Menschen tun die Forderung der Piratenpartei nach einem reformierten Urheberrecht, das auch Konsumenten stärkere Rechte zubilligt, als Luxus ab. Wir haben aber in der heutigen Zeit die Möglichkeit, uns im Internet z.B. Vorlesungen von (hauptsächlich amerikanischen) Hochschulen anzusehen, und uns selbst über alles zu bilden, das uns interessiert – das ist die große Chance, durch einen einfachen Zugriff auf Fakten und kulturelle Werke. Wenn ich mir überlege, welches Wissen in meinem heutigen Leben eine Rolle spielt, fällt schnell auf, dass ich das wenigste davon in staatlichen Bildungseinrichtungen gelernt habe. Ich habe auch auf bittere Weise erfahren müssen, dass Eigeninitiative in der Bildung nicht gewürdigt wird. Man möchte lieber einen guten Abschluss sehen. Der Trend zur privatisierten Hochschule und der Erhalt des dreigleisigen Schulsystems werden von den konservativen deutschen Parteien damit rationalisiert, man wolle doch nicht die erfolgreichen – die „Leistungsträger“ – bestrafen und man müsse Bildung ausschließlich als Investition verstehen. Diese Einstellung verhindert meiner Ansicht nach nicht nur den sozialen Aufstieg, sondern lähmt die gesamte kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, mich zu Ihren Fragen zu äußern. Danke auch für die Übersendung der Broschüre mit vielen Zahlen und Fakten, die ich noch gut als Argumentationshilfe verwenden kann.

Viele Grüße

Christian Szymanek
Direktkandidat der Piratenpartei zur Bundestagswahl 2013